

60 Jahre NATO – Es reicht!

Peter Strutynski

NATO versus UNO

Worum ging es den Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg, der zweiten und größten Menschheitskatastrophe des 20. Jahrhunderts?

Das wichtigste für die Überlebenden des Weltkriegs war, dass ein neuerlicher Krieg unter keinen Umständen mehr sein durfte, und zwar weil er – wie Hiroshima und Nagasaki gezeigt hatten – die Selbstauslöschung der Menschheit zur Folge haben könnte.

Die internationale Nachkriegsordnung sollte entsprechend umgestaltet werden, indem einerseits den durch den Sieg der Anti-Hitler-Koalition geschaffenen neuen Realitäten Rechnung getragen wurde und andererseits eine neue Staatenorganisation über den Weltfrieden wachen sollte. In konzentrierter Form schlug sich dies in der Charta der Vereinten Nationen nieder. Neben dem als „Gewaltverbot“ bekannt gewordenen Prinzip enthält die Charta noch die Garantie der souveränen Gleichheit und territorialen Integrität der Staaten sowie das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten.

Vom allgemeinen Gewaltverbot sollte es lediglich zwei eng definierte Ausnahmen geben können: Einmal das individuelle oder kollektive Recht auf (militärische) Verteidigung im Fall eines gegnerischen Angriffs (Art. 51 UN-Charta). Zum anderen kann der UN-Sicherheitsrat militärische Maßnahmen anordnen, wenn durch Handlungen eines oder mehrerer Staaten der Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedroht sind (Art. 39) und alle friedlichen Mittel zur Streitbeilegung erschöpft sind (Art. 42).

Die Instanz, die über den Weltfrieden zu wachen hatte, war und ist bis heute der UN-Sicherheitsrat. In ihm spiegelt sich vielleicht am deutlichsten das reale internationale Kräfteverhältnis am Ende des Zweiten Weltkriegs wider: Ganz im Gegensatz zur proklamierten „Gleichheit“ aller UN-Mitgliedsstaaten sicherten sich in diesem höchsten Gremium die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs einen ständigen Sitz, der zudem mit einem nur ihnen zustehenden Veto-Recht ausgestattet wurde. Diese Konstruktion war damals verständlich, weil sie allein eine Garantie für die Errichtung eines stabilen Friedens in Europa und in der Welt zu bieten schien.

Die grundsätzliche Offenheit gegenüber den gesellschaftspolitischen Grundlagen der Staaten fand indessen keine Anwendung auf die „Feind-Staaten“ Japan und Deutschland. Denn es war erkannt worden, dass Militarismus, Faschismus und Krieg vor allem ökonomische Ursachen hatten, die in einem besonders stark auf die Interessen des schwer- und rüstungsindustriellen Großkapitals zugeschnittenen aggressiven Kapitalismus/Imperialismus zu suchen waren. Nicht nur die alliierten

Siegermächte, sondern auch die demokratischen Bewegungen in fast allen europäischen Ländern waren nach dem Zweiten Weltkrieg davon überzeugt, dass der Kapitalismus alter Art nicht mehr zeitgemäß war. In der öffentlichen Meinung war er weitgehend desavouiert, weil mit ihm die gar nicht so weit zurück liegenden verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise (1929/30) und der Raubzug der deutschen Banken und Industriekonzerne während des Zweiten Weltkriegs assoziiert wurden. Dass sich im Zuge der Nachkriegsentwicklung eine Reihe von Staaten eine andere Gesellschaftsordnung gab (in Mittel- und Osteuropa mit massiver Unterstützung durch die Sowjetunion), entsprach genauso dem Trend der Zeit wie die starken radikaldemokratischen und kommunistischen Bewegungen in Ländern der westlichen Hemisphäre wie Griechenland, Frankreich oder Italien.

NATO versus Völkerrecht

Die Gründung der NATO 1949 war dagegen von Anfang an ein problematischer Akt, der so gar nicht zur Charta der Vereinten Nationen passen wollte. Die UNO war als ein System kollektiver, das heißt auf Gegenseitigkeit beruhender Sicherheit aller Staaten gedacht und organisiert worden. Ein Militärpakt dagegen geht von aktuellen oder potenziellen Gegnern aus, ist also exklusiv und nimmt in Kauf, dass die Ausgeschlossenen sich ebenfalls zusammenschließen. Beide – oder noch mehr – Seiten geraten also in das bekannte „Sicherheitsdilemma“, wonach die militärische Organisation des eigenen Schutzes zum Bedrohungsempfinden der anderen Seite beiträgt, die nun ihrerseits sich militärisch zu schützen versucht.

Die NATO widersprach also von Anfang an den Grundsätzen des modernen Völkerrechts, verdeckte dieses aber sehr geschickt. Ihre Gründungsurkunde, der „Washingtoner Vertrag“ vom 4. April 1949, atmete so sehr den Geist der UN-Charta, dass man den entstehenden Militärpakt fast für eine Unterorganisation der Vereinten Nationen halten konnte. Schon in der Präambel bekunden die Vertragsparteien „ihren Glauben an die Ziele und Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen und ihren Wunsch, mit allen Völkern und allen Regierungen in Frieden zu leben“. Artikel 1 und Art. 7 des NATO-Vertrags sind so stark an Formulierungen der UN-Charta angelehnt, dass man sich fragen muss, warum es eines solchen Bündnisses überhaupt bedarf.

Hinzu kommen zwei bemerkenswerte Einschränkungen der Reichweite des Militärbündnisses. Einmal betraf dies seine geografische Begrenzung auf das „nordatlantische Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses“ (Art. 6). Militäroperationen außerhalb dieses Raums, also „out of area“ – seit dem Krieg gegen Jugoslawien und dem neuen „Krieg gegen den Terror“ schon fast zur Regel geworden – waren nicht vorgesehen und vertragswidrig. Die zweite Einschränkung ist inhaltlicher Art und wird bis zum heutigen Tag in der öffentlichen Debatte gern übersehen: Nach Artikel 5 des NATO-Vertrags verpflichten sich die Vertragspartner zum Beistand für den Fall, dass ein oder mehrere Mitglieder an-gegriffen werden. Ausdrücklich wird hierbei auf das Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung gemäß Art. 51. der UN-Charta verwiesen. Diesem Bezug widersprach aber die politische Intention der NATO. Deren Gründung war das letzte Glied einer Reihe von Maßnahmen der westlichen Siegermächte zur Eindämmung dessen, was seinerzeit die kommunistische Weltrevolution genannt wurde.

Die Hauptsorge der Sowjetunion galt hingegen der eigenen Sicherheit, wozu die Bildung eines Systems vorgelagerter befreundeter Staaten entsprechend der in Teheran, Jalta und Potsdam vereinbarten Hemisphären diente. Es war eine defensive, auf Sicherung des Status quo und auf den inneren Machterhalt gerichtete Außenpolitik.

Die Hauptsorge der USA hingegen galt der Abwehr des vermeintlich aggressiven Kommunismus und dessen Eindämmung (Containment) bzw. Zurückdrängung (Roll back). Dies begann mit der militärischen Bekämpfung von Aufständen in der eigenen Hemisphäre (z. B. Griechenland) und der Ausarbeitung von Putschplänen, die eine Machtübernahme durch damals starke kommunistische Parteien verhindern sollten (Frankreich und Italien). Dem diente auch die Einrichtung von Militärstützpunkten rings um die Sowjetunion sowie die Gründung von Militärallianzen in Asien und im pazifischen Raum (CENTO, SEATO und ANZUS).

Von einer Mitgliedschaft der 1949 gegründeten alten Bundesrepublik in der NATO konnte zu Beginn noch keine Rede sein. Die westliche Welt war noch nicht bereit, den Nachfolgestaat des Dritten Reiches umstandslos in die eigene Wertegemeinschaft aufzunehmen. Die Furcht vor einem möglicherweise wieder erwachenden deutschen Militarismus war nach wie vor allgegenwärtig, weshalb der NATO-Beitritt Westdeutschlands erst 1955 erfolgte.

NATO eskalierte den Kalten Krieg

Die Geschichte der NATO wird heute vielfach als „Erfolgsgeschichte“ bezeichnet, und zwar von denjenigen, die zur Westbindung und zur Restauration kapitalistisch-imperialistischer Verhältnisse keine Alternative gelten lassen wollten. Das sind auch diejenigen, die die „Freiheit“ im Westen genauso gut aufgehoben sahen wie sie deren totale Unterdrückung im Osten behaupteten. Sie sahen auch nie ein Problem darin, dass durch die Ost-West-Blockkonfrontation die Welt nicht nur 40 Jahre lang in Atem gehalten, sondern auch an den Rand einer atomaren Katastrophe gedrängt wurde. Dieses gilt vor allem für den sogenannten NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979, der die Aufstellung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (der sogenannten Cruise Missiles und Pershing II) in Westeuropa vorsah, womit das Ziel verfolgt wurde, einen atomaren Enthauptungsschlag gegen die Sowjetunion durchzuführen. Ein zweifelhafter „Erfolg“ war auch die gigantische nukleare und konventionelle Hochrüstung der beiden Blöcke, die den Volkswirtschaften ebenso gigantische Mittel zur Lösung dringender Menschheitsprobleme wie Hunger, Armut und Massenarbeitslosigkeit entzog. Auch wenn diese Geschichte noch nicht geschrieben wurde: Meine These ist, dass alle wesentlichen Rüstungsschübe und alle gefährlichen Zuspitzungen im Kalten Krieg einschließlich der Kuba-Krise 1961, die immer so gern den Sowjets in die Schuhe geschoben wird, vom Westen ausgingen.

Die Ratlosigkeit der Militärs, Rüstungslobbyisten und Sicherheitspolitiker nach dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989/91 war von erstaunlich kurzer Dauer. Nachdem der äußere Feind nicht nur abhanden gekommen war, sondern sich teilweise sogar zu einem Verbündeten wandelte, erfand sich die NATO neu: 40 Jahre lang als militärisches Bollwerk gegen den vermeintlich aggressiven Kommunismus in Gestalt des Warschauer Pakts unter Führung der atomaren Supermacht Sowjetunion waren mit dem Mauerfall 1989 und – 1991 – der Auflösung von UdSSR und Warschauer Vertrag unwiderruflich zu Ende. An die Stelle militärischer Bedrohung mussten nun – aus einer Art Selbsterhaltungstrieb des Militärs heraus – neue Arten von Bedrohungen und Risiken konstruiert werden, die eine Aufrechterhaltung des militärisch-industriellen Komplexes rechtfertigten.

Nach 1989: Neuartige Zuständigkeiten

Dies gelang der NATO auf kreative Weise. Ob es um die Bevölkerungs-„explosion“ in der Dritten Welt ging oder um das Weltklima und die dünner werdende Ozonschicht, um Armut, Verelendung

und Migrationsströme (aus dem „Süden“) oder um Engpässe im weltweiten Nahrungsmittelangebot, um Energieknappheit oder schwer zugängliche andere Ressourcen: Für all diese offenkundig nicht militärischen Risiken erklärte sich die NATO zuständig. Das Zauberwort, von dem sich damals auch die Friedensforschung infizieren ließ, hieß „erweiterter Sicherheitsbegriff“.

Das neue strategische Konzept der NATO, die „Römische Erklärung“ vom November 1991, enthielt die strategische Neuorientierung des ursprünglich auf Verteidigung ausgelegten Militärbündnisses. Der deutsche Bundeskanzler Kohl brachte die geänderte Sicherheitslage in dem geflügelten Wort auf den Punkt, wir seien nur noch „von Freunden umzingelt“. In einer solchen Lage fällt es natürlich schwer, den eigenen Militärapparat weiter zu legitimieren. Also wurde die alte Bedrohung durch eine neue Art von Bedrohung ersetzt. In der Erklärung von Rom heißt es, dass man sich vor „unvorhersehbaren“ Risiken „aus allen Richtungen“ zu schützen habe. Diese seien „eher Konsequenz der Instabilität, die aus den ernstesten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten, einschließlich ethnischer Rivalitäten und Gebietsstreitigkeiten entstehen können, denen sich viele mittel- und osteuropäische Staaten gegenübersehen.“

Unfreiwillig kommt in dem Strategiepapier auch die Freude zum Ausdruck, den Dreh gefunden zu haben, um gegen alles und jedes Bewaffnung und Ausrüstung fordern zu können. So heißt es, dass das „veränderte Umfeld dem Bündnis neue Möglichkeiten bietet, seine Strategie innerhalb eines breiten sicherheitspolitischen Ansatzes zu konzipieren“. Und weiter: „Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken berührt werden, einschließlich der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror- und Sabotageakten.“ Diese „Risiken“ blieben stilbildend für alle weiteren Strategiepapiere der NATO, aber auch nationaler Militärdoktrinen etwa der Vereinigten Staaten (Nationale Sicherheitsstrategie-NSS, zuletzt 2006), der Bundesrepublik Deutschland (Verteidigungspolitische Richtlinien-VPR, zuletzt 2003) oder auch der Europäischen Union (Europäische Sicherheitsstrategie-ESS, 2003). Ergänzt wurden sie in der Folge lediglich noch um den Gedanken der „humanitären Intervention“, zu dem die zivilisierte Weltgemeinschaft dann verpflichtet sein könne, wenn Vertreibungen, „ethnische Säuberungen“, Völkermord oder andere massive Menschenrechtsverbrechen stattfinden. Der Krieg gegen Jugoslawien 1999 war der erste Krieg, den die NATO aus „humanitären Gründen“ geführt hat, der andauernde „Antiterrorkrieg“ in Afghanistan und anderswo im Rahmen von Operation Enduring Freedom ist der erste Krieg der NATO und anderer „Verbündeter“, der dem „Risiko Terrorismus“ gilt, und der Irakkrieg der USA und nicht weniger in der „Koalition der Willigen“ kämpfender NATO-Mitglieder ist der erste seiner Art, der die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern vorgab. Dass er heute noch geführt wird, obwohl es die Massenvernichtungswaffen nachweislich nie gegeben hat, zeigt die Doppelbödigkeit der Argumentation der Aggressoren. Alle drei genannten Kriege belegen darüber hinaus, dass sich die – vorgeschobenen – Gründe hervorragend eignen, um Militärinterventionen in aller Welt zu rechtfertigen.

Einschnürung Russlands – und China im Blick

Das erschreckendste Ergebnis der Entwicklung nach dem Ende der Blockkonfrontation ist, dass die militärischen Konflikte sowohl an Zahl als auch an Schärfe zugenommen haben, obwohl es heute die unversöhnliche Gegnerschaft zweier unterschiedlicher Gesellschaftssysteme im Weltmaßstab nicht mehr gibt. Dem Imperialismus, so könnte eine Schlussfolgerung lauten, ging es also nicht nur um die Niederwerfung des Kommunismus, sondern es geht ihm auch um die Ausbreitung seines eigenen Herrschafts- und Machtbereichs gegen über anderen Konkurrenten. Dieses wird auch an dem Südossetien-Konflikt im August 2008 ersichtlich. Es ist müßig darüber zu spekulieren, ob der

georgische Präsident Saakaschwili zu seinem Angriff von den USA oder der NATO ermuntert wurde. Dass die NATO aus dem Krieg um Südossetien keinen casus belli für sich machte, war indessen von vorneherein klar. Nicht einmal Bush wollte am Ende seiner Amtszeit eine militärische Konfrontation mit Russland riskieren, das zwar von der NATO und der EU bewusst auf Distanz gehalten, aber als Bündnispartner im weltweiten „Krieg gegen den Terror“ durchaus (noch) gebraucht wird. Dem widerspricht nicht, dass der kleine Kaukasuskrieg vom Westen massiv dazu genutzt wird, den Kreml als kriegslüsteres und machtgieriges Regime darzustellen, das eine Bedrohung für seine Nachbarn (insbesondere Georgien und Ukraine) darstellt, die wiederum des Schutzes durch die NATO bedürften.

Der kurze georgisch-russische Krieg war ein typischer Stellvertreterkrieg. Die NATO weiß nun, wann für Russland die Grenze des Zumutbaren erreicht ist. Und Russland sollte wissen, welche Absichten die NATO und ihre Führungsmacht USA in der kaukasischen Region im Schilde führen.

Afghanistan ist Teil der NATO-Strategie

Dabei könnte ein Blick nach Afghanistan hilfreich sein. Auch dieses Land hat nicht viel mehr zu bieten als eine für den Westen interessante geostrategische Lage. Dabei geht es nicht nur um die Kontrolle eines Territoriums, in dem bzw. durch das hindurch ein wichtiges Ölpipeline-Projekt realisiert werden soll: die Verbindung zwischen der öl- und erdgasreichen Kaspi-Region und dem Indischen Ozean – gleichsam ein Bypass, um russisches Gebiet zu umgehen.

Das Land am Hindukusch grenzt im Süden an Pakistan und im Westen an Iran. Russland im Norden ist nur durch die zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken Turkmenistan, Usbekistan und Kasachstan getrennt. Und im Osten reicht ein schmaler Landkorridor bis an die Grenze Chinas, des großen Antipoden der USA und der Europäischen Union im Kampf um die knapper werdenden Energieressourcen der Erde. Afghanistan liegt inmitten einer Region, in der nahezu die Hälfte der Menschheit lebt und die über zwei Drittel der weltweiten Öl- und Gasvorkommen verfügt. Afghanistan ist somit eine der begehrtesten strategischen Regionen der Erde, geradezu prädestiniert als eine Art terrestrischer Flugzeugträger und Stationierungsort für Radaranlagen und Raketenabschussrampen. Wer wollte hier nicht das Sagen haben?!

Daher rührt das Interesse Russlands, in Afghanistan zumindest indirekt einen Fuß in der Tür zu behalten. Auch nach dem Zerwürfnis mit der NATO wegen der akuten Georgienkrise teilte der Generalstab in Moskau mit, die Afghanistan-Kooperation mit Brüssel „stehe nicht zur Diskussion“.

Nicht nur einen Fuß in der Tür, sondern freien Zugang wünscht sich der Westen (USA, NATO, EU) seinerseits im Kaukasus und der Schwarzmeerregion. Die Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO war bereits auf dem Bukarester Gipfel Anfang April 2008 ausgemachte Sache.

Die jüngsten Ereignisse auf dem eurasischen „Schachbrett“ rufen Erinnerungen an den früheren Kalten Krieg wach. Die seinerzeit von George F. Kennan definierte Eindämmungspolitik (Containment) gegenüber der Sowjetunion wird nur von einer möglicherweise härteren Variante abgelöst, für die Bezeichnungen wie Constriction (Einschnürung) oder gar Strangulation zutreffender sein dürften. Sollte dies gelingen, könnte sich die NATO voll auf den Kontrahenten China konzentrieren. Denn Peking, das hat auch die Inszenierung der Olympischen Spiele 2008 gezeigt, möchte in der neuen Weltordnung eine eigenständige Rolle spielen.